

# „Jugendliche haben massiven Einfluss auf die Politik“

**Diskussion** Bundestagsabgeordneter ermuntert Marien-Schülerinnen in einer virtuellen Schulstunde zum Mitmachen

**Kaufbeuren/Berlin** Anders als sonst verlief eine Doppelstunde Sozialkunde für die Klasse 10b des Marien-Gymnasiums in Kaufbeuren. Dem Unterricht virtuell zugeschaltet war der Kaufbeurer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU). Sozialkundelehrer Florian Aurbacher freute sich, dass seine Klasse vollzählig vor den Bildschirmen im Distanzunterricht anwesend war.

Stracke, der als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bereiche Gesundheit und Umwelt verantwortet,

hatte schon im Vorfeld eine Reihe von Fragen erhalten. Nach anfänglicher Zurückhaltung entwickelte sich rasch ein angeregter Austausch. Die seltene Gelegenheit, mit einem Bundestagsabgeordneten locker ins Gespräch zu kommen, nutzten die Jugendlichen mit großer Begeisterung. Sie fragten zum beruflichen und politischen Werdegang des Abgeordneten und zu dessen größten politischen Herausforderungen. Weitere Schwerpunktthemen waren der Klimawandel, die Pandemie und die Bundesnotbremse. Der Gedanke, die Zukunft aktiv mitgestalten

zu können, habe ihn angetrieben, Stadtrat in Kaufbeuren und Bundestagsabgeordneter zu werden, sagte Stracke. Er appellierte an die Schülerinnen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. „Wir brauchen fähige junge Leute“, sagte er. Die Pandemie zu überwinden, sei derzeit das alles überlagernde Thema, berichtete er. Aber auch der Klimaschutz werde zurecht wieder in den Vordergrund rücken. „Wir müssen unsere Gesellschaft klimafit machen“, so Stracke. Er lobte die Fridays-for-Future-Bewegung. „Sie zeigt, welche Veränderungen mög-

lich sind, wenn junge Menschen für etwas brennen.“ Das Urteil der Verfassungsrichter zum Klimaschutzgesetz sei eine wegweisende Entscheidung mit Signalwirkung. „Noch nie hat ein Gericht in einer solchen Weise einen Generationenvertrag eingefordert. Darauf kann Eure Generation sehr stolz sein.“

Angesprochen auf die Frage, ob der Föderalismus in Deutschland durch einen Zentralismus ersetzt werden solle, verwies Stracke auf die Historie. Der Föderalismus sei geschichtlich gewachsen. Die großen Gefahren des Zentralismus habe

die NS-Zeit veranschaulicht. Das Beispiel der Pandemie zeige allerdings auch die Schwächen des Föderalismus. So sei ein „Flickenteppich“ der Maßnahmen entstanden, der kaum noch durchschaubar sei. Aus diesem Grund sei die „Bundesnotbremse“ nun zum richtigen Zeitpunkt gekommen, so der Abgeordnete. Allerdings warne er davor, alles „um jeden Preis“ vereinheitlichen zu wollen. „Junge Menschen haben einen massiven Einfluss auf die Politik“, so Stracke abschließend. „Sie müssen sich nur zu Wort melden.“ (az)